

Zwei Fahrspuren mehr für die A7 - Staus ade?

Immer mehr Verkehr auf der A 7: Bald werden sich 160 000 Autos durch den Hamburger Abschnitt quälen. Jetzt macht der Bund Geld locker – die A 7 wird zwischen Stellingen und Autobahndreieck Nordwest verbreitert.

Hamburg/ sh:z

– Das Nadelöhr vor dem Hamburger Elbtunnel soll etwas weniger eng werden. Nach Jahren der Planung hat der Bund jetzt 240 Millionen Euro für eine Verbreiterung der Autobahn 7 um zwei Fahrspuren nördlich des Tunnels bis zur Landesgrenze nach Schleswig-Holstein zugesagt. 2008 soll mit dem Ausbau des ersten Abschnitts begonnen werden, etwa 2015 könnte die Gesamtmaßnahme abgeschlossen sein. Auch auf schleswig-holsteinischem Gebiet ist eine entsprechende Erweiterung geplant.

Wie die Behörde von Stadtentwicklungssenator Michael Freytag (CDU) bestätigte, hat die Entwurfsplanung für den ersten Abschnitt zwischen Anschlussstelle Stellingen und Autobahndreieck Nordwest begonnen. „2007 soll das Planfeststellungsverfahren starten. Bei problemlosem Verlauf könnte der Planfeststellungsbeschluss Anfang 2008 erfolgen“, kündigte Sprecherin Helma Krstanoski an. Baubeginn wäre dann noch im selben Jahr.

Geplant ist, die A7 in diesem Bereich von derzeit sechs auf acht Spuren auszubauen (Kosten: 55 Millionen Euro). Ebenfalls acht statt sechs Spuren soll es später zwischen Othmarschen und Stellingen geben (Kosten: 106 Millionen). Vom Dreieck Nordwest bis zur Landesgrenze bei Schnelsen ist ein Ausbau von vier auf sechs Fahrbahnen vorgesehen (Kosten: 77 Millionen).

Hintergrund der Verbreiterung ist das unaufhaltsam wachsende Verkehrsaufkommen. Passieren derzeit durchschnittlich 125 000 Fahrzeuge täglich die A7 in diesem Bereich, erwarten Experten vor allem wegen des zunehmenden Lkw-Transports einen Anstieg auf 160 000 in den nächsten Jahren.

Vom Ausbau würden nicht zuletzt auch Pendler aus Schleswig-Holstein profitieren. Verringern sollen sich sowohl die Staus auf der A7, die häufig bis zu 20 Kilometer bis Quickborn zurückreichen, als auch die Rückstaus auf der A23 (Hamburg-Heide), die am Dreieck Nordwest auf die überlastete A7 trifft.

Rund 100 Millionen Euro der zugesagten Mittel stehen für Lärmschutz bereit. Für dieses Geld ließen sich konventionelle Lärmwände erstellen, nicht aber der seit mehr als zehn Jahren diskutierte Lärmdeckel zwischen Othmarschen und Volkspark, der mit rund 220 Millionen Euro zu Buche schlägt. Die Differenz möchte die Initiative „Ohne Dach ist Krach“ über den Verkauf jener Grundstücke finanzieren, die auf der Deckeloberfläche entstehen würden. Senator Freytag steht dem freilich weiter reserviert gegenüber. „Es gibt keinen entsprechenden Senatsbeschluss“, ließ er seine Sprecherin klarstellen.

Markus LOrenz